

Fit für den Strassenverkehr

Derendingen Baubeginn des neuen TCS-Verkehrssicherheitszentrums



Fritz Arni, Niklaus Lundsgaard-Hansen, Beat Flückiger und Christoph Erb vom TCS (v.l.).

VON ROMAN WIPRÄCHTIGER

Verkehrssicherheit ist eines der Schwerpunktthemen beim Touring Club der Schweiz (TCS). Umso stolzer war Niklaus Lundsgaard-Hansen, Zentralpräsident des TCS, als er am Mittwoch im Beisein von Vertretern der Regionalsektionen Solothurn und Bern sowie der Gemeinde Derendingen den Baubeginn des neuen Verkehrssicherheitszentrums (VSZ) bekannt geben konnte: «Mit dem VSZ Derendingen sind wir in der Lage, die Lücke zu einem flächendeckenden gesamtschweizerischen Angebot für die fahrerische Ausbildung zu schliessen.»

Bis im nächsten Sommer soll auf einem rund 25 000 Quadratmeter grossen Grundstück direkt neben der A1 die neue Ausbildungsanlage für Fahrzeuglenker entstehen. Das Grundstück hat eine bewegte Vergangenheit. Vor 15 Jahren war es von der Schweizerischen Nationalbank als neuer Standort für den Druck der Schweizer Banknoten ausgesucht worden. Das Projekt scheiterte aber am Widerstand der Zürcher Belegschaft.

■ TCS: RÜCKGANG BEI MITGLIEDERZAHLEN

Es sei ein «turbulentes und abwechslungsreiches» Jahr gewesen, sagte **Fritz Arni, Präsident der TCS-Sektion Solothurn**, zu Beginn der 49. Delegiertenversammlung. Insbesondere die Übergabe vom alten auf den **neuen Geschäftsführer** sei nicht ganz un-

problematisch verlaufen. Mit **Georges Heri** sei es aber gelungen, einen fachlich versierten Geschäftsführer zu verpflichten. Dieser musste dann auch gleich eine durchmischte Jahresrechnung präsentieren. Zwar konnte ein Reingewinn von rund 35 000 Franken ver-

bucht werden, gleichzeitig musste aber ein Rückgang bei den Mitgliederzahlen entgegengenommen werden. Anstelle des abtretenden René Ingold, wird neu **Daniel Bitterli** das **Vize-Präsidium** der TCS-Sektion Solothurn übernehmen. (RWL)

Aus- und Weiterbildungskurse

Nach der Fertigstellung werden im VSZ Derendingen allgemeine Weiterbildungskurse für Fahrzeuglenker und spezielle Kurse für Bus- und Lastwagenchauffeure durchgeführt. Zudem werden auch Kurse für die Zweiphasenausbildung für Neulenker angeboten. Dafür stehen drei Aktionsflächen mit Gleitstreifen, Schleuder- und Aquaplaning-Simulatoren und vieles mehr zu Verfügung. Die Gesamtinvestitionen für die Fahrtrainingsanlage in Derendingen betragen rund 11 Millionen Franken. Die-

se teilen sich der TCS und ein privater Investor. Für den Betrieb des Zentrums wird die TCS-Tochter Test & Training tcs AG verantwortlich sein. Das Zentrum wird während sieben Tagen in der Woche geöffnet sein. Fünf bis sechs Fixangestellte werden im VSZ beschäftigt. Gemeindepresident Kuno Tschumi (FDP) freute sich auf den prominenten Neuzuzüger: «Mit dem TCS haben wir ein Unternehmen auf unserem Gemeindegebiet, das mit seinem Kursangebot einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit leistet.»

Gastbeitrag zum AKW-Entscheid des Bundesrats

Wenig glaubwürdig



VON CHRISTIAN SCHEUERMEYER *

■ Der energiepolitische Bundesratsentscheid ist zweifelsohne der «richtige» Entscheid, wenn es gilt, die momentane Mehrheitsmeinung des Volkes aufzu-

nehmen. Die Damen und Herren Bundes-, Stände- und Nationalräte, haben aber die verantwortungsvolle Aufgabe, nicht nur kurzfristig und wahltaktisch zu denken, sondern Entscheide für die Zukunft zu fällen, welche langfristig und zwingend realistisch umsetzbar sind.

ICH VERSTEHE ALLE MENSCHEN, die Angst haben und verunsichert sind, wenn aufgrund einer grossen menschlichen und technischen Tragödie eine ganze Technologie infrage gestellt wird. Wir leben in einer hoch technologisierten Welt, welche mit zu wenig Strom nicht in gewohntem Rahmen funktionieren wird. Und betreffend Energiepolitik steht in der Bundesverfassung unter Art. 89 geschrieben: Bund und Kantone setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ein für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung.

BIS HEUTE haben weder der Bundesrat noch die nationalen Parlamentarier, welche schon immer oder erst seit ein paar Wochen AKW-Gegner sind, überzeugend aufzeigen können, wie nun die neue Bundesratshaltung auf den besagten Verfassungsauftrag abgestimmt werden kann. Machen wir es so wie Österreich, das ein fertig gebautes AKW nie ans Netz genommen hat, dafür aber Atomstrom aus dem nahen Ausland importiert? Oder kommen wir auf den Entscheid zurück und bauen ein neues AKW mit der Gefahr, dass wir sehr grosse Strommengen an der Börse zu massiv hohen Tagespreisen einkaufen müssen, bis die Versorgungslücke wieder mit eigener Produktion abgedeckt werden kann?

BUNDESRÄTIN LEUTHARD hat gesagt, dass Importstrom auch immer

Atomstrom beinhalte. Wenn schon der Ausstieg aus der Kernenergie gefordert wird, dann aber bitte mit aller Konsequenz, oder sind die AKWs im nahen Ausland weniger gefährlich als die unseren? Die wirtschaftlichen Folgen, d. h. der steigende Strompreis, sind unbestritten programmiert! Riskieren wir den Verlust der energieintensiven Industrie

Politiker haben die Aufgabe, nicht nur kurzfristig und wahltaktisch zu denken.

mit Tausenden von Arbeitsplätzen, oder müssen einzelne grosse Energiebezüger gegenüber den KMU und den Privathaushalten mit einem subventionierten Strompreis bevorzugt behandelt werden?

EIN WEITERES THEMENFELD sind die erneuerbaren Energien, welche ich voll und ganz mit liberalen Methoden unterstützen will, die aber nicht lückenlos bei Nacht und Windstille die benötigte Energie liefern können. Damit dieses Stromvolumen immer zur Verfügung steht, braucht es zusätzliche Kohle- oder Gaskraftwerke, die auf Abruf in die Bresche springen müssen. Somit werden die erneuerbaren Energien immer auch umweltbelastende und teure Produktionsarten erfordern.

ES SIND SEHR ZENTRALE FRAGEN offen, welche zuerst hätten breit diskutiert werden müssen, bevor man einen Entscheid fällt, der die bestens bewährte, versorgungssichere, wirtschaftliche, CO₂-arme und somit umweltverträgliche Stromproduktion der Schweiz auf den Kopf stellt. Aufgrund meiner festen Überzeugung und persönlichen Glaubwürdigkeit vertrete ich diese klare Meinung, auch wenn meine eigenen Wahlchancen im Herbst deswegen vielleicht sinken werden.

Christian Scheuermeyer, Deitingen, Präsident der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn.

Schutz vor Sexualstraftätern

Regierung In seiner Vernehmlassung an das Bundesamt für Justiz stimmt der Solothurner Regierungsrat den Massnahmen zum verstärkten Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen vor Sexualstraftätern zu. Kinder, Jugendliche sowie auch Betagte, Kranke und Behinderte, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, sollen künftig besser vor Personen geschützt werden können, die bereits einmal eine Straftat gegen die sexuelle Integrität begangen haben.

Das bisherige Berufsverbot für einschlägig verurteilte Täter soll zu einem Tätigkeitsverbot ausgeweitet werden. Damit wird es möglich sein, solchen Personen auch ausserberufliche Tätigkeiten mit Kindern, Jugendlichen und weiteren besonders gefährdeten Personengruppen zu verbieten (zum Beispiel als Vereinstrainer). Das Verbot soll mit einem erweiterten Strafregisterauszug durchgesetzt werden. Es ist vorgesehen, dass ein solcher Auszug immer eingeholt werden muss, bevor eine Person für eine entsprechende Tätigkeit eingestellt wird. Mit einem neuen strafrechtlichen Kontakt- und Rayonverbot soll das Gericht inskünftig dem Täter verbieten können, mit einer oder mehreren bestimmten Personen Kontakt aufzunehmen oder sich an bestimmten Orten aufzuhalten. (SKS)

«Papierei»-Entlassene können auf neue Jobs hoffen

Sappi 134 Mitarbeitende der «Papierei» haben vergangene Woche den blauen Brief erhalten. Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit ist optimistisch, dass die meisten innerhalb von sechs Monaten einen neuen Job finden werden. Derweil läuft die Suche nach einem Investor weiter.

VON LEA DURRER UND FRANZ SCHAIBLE

Beinahe 440 Beschäftigte erhielten bei der Totalschliessung der Zellulosefabrik Borregaard in Luterbach vor zweieinhalb Jahren die Kündigung. Sie mussten sich auf die Suche nach einer neuen Arbeitsstelle machen. Wie René Knipp, Leiter der Regionalen Arbeitsvermittlung Solothurn (RAV), gegenüber dem «Regionaljournal» von Radio DRS sagt, hätten bis auf neun ehemalige Angestellte der Borregaard mittlerweile alle einen Job gefunden.

Nun droht die Schliessung der Papierfabrik Biberist, eines noch grösseren Arbeitgebers (wir berichteten). Die zum südafrikanischen Papierkonzern Sappi gehörende «Papierei» muss bis Ende Juli einen Investor finden, der gewillt ist, das Werk weiterzubetreiben. 134 Angestellte haben



Das gilt nicht mehr für alle. OM

ihren Job bereits verloren, weitere über 400 Arbeitsplätze stehen dann auf dem Spiel.

Firmen interessiert an Personal

Jonas Motschi hofft sehr, dass eine entsprechende Alternative gefunden werden kann. Dies wäre sehr positiv und sinnvoll, sagt der Chef des Solothurner Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Falls es aber zur Schliessung komme, sei die Lage keineswegs aussichtslos: «Der grösste Teil der Sappi-Mitarbeitenden sollte innerhalb von sechs Monaten einen Job finden», so Motschi.

Bereits heute gebe es viele Firmen, die nach neuen Angestellten suchten und sich beim AWA nach Dossiers erkundigten. Er rechnet gar damit, dass ein grosser Anteil bereits innerhalb der Kündigungsfrist neue Arbeitsstellen findet. Die Betroffenen würden zudem in einem Jobcenter unterstützt. Und sei es auch nur, um zu lernen, wie man korrekt Bewerbungen verfasse.

Zurzeit sei die Arbeitslosigkeit im Kanton Solothurn mit einer Quote von 2,6 Prozent tief. Deshalb würde der Arbeitsmarkt Entlassene geradezu «aufsaugen», meint Motschi. Die aktuell gute wirtschaftliche Verfassung sei ein grosser Vorteil. Ganz anders sei die Ausgangslage bei der Borregaard-Schliessung gewesen: Die damals entlassenen Angestellten seien geradezu in die Weltwirtschaftskrise von 2009 gerasselt.

Drei Monate Kündigungsfrist

Den Betroffenen sei, unabhängig ihrer Dienstdauer bei der «Papierei», eine Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten gewährt worden, ergänzt Nicolas Mühlemann, Leiter des Sappi-Papierwerks in Biberist. Und Arbeitsverträge mit längerer Kündigungsfrist würden akzeptiert. Die Verhandlungen über den Sozialplan zwischen den Sozialpartnern seien noch am Laufen. Sappi habe einen Vorschlag unterbreitet, die Arbeit-

nehmervvertretungen hätten ihre Forderungen eingebracht.

Investorensuche läuft weiter

Derweil läuft die Suche nach einem Investor oder Partner unvermindert auf Hochtouren weiter. «Wir erhalten vom Sappi-Konzern personelle Unterstützung, um das Verkaufsdossier zu komplettieren und allenfalls den Kreis der Interessierten zu vergrössern.» Mit einem Investor aus der Papierindustrie, welcher einen Letter of Intent, eine Absichtserklärung, unterschrieben habe, sei ein konkreter Termin vom Sappi-Konzern personelle Unterstützung, um das Verkaufsdossier zu komplettieren und allenfalls den Kreis der Interessierten zu vergrössern.» Mit einem Investor aus der Papierindustrie, welcher einen Letter of Intent, eine Absichtserklärung, unterschrieben habe, sei ein konkreter Termin vom Sappi-Konzern personelle Unterstützung, um das Verkaufsdossier zu komplettieren und allenfalls den Kreis der Interessierten zu vergrössern.»

Definitiv beschlossen sei, dass die Produktion von gestrichenem Feinpapier auf den Papiermaschinen 8 und 9 auf Mitte Juli eingestellt werde. Geplant sei, die Papiermaschine 6 für die Herstellung von ungestrichenem Feinpapier auch unter einer möglichen neuen Führung weiterlaufen zu lassen.